

Höchste Alarmstufe bei den Kassen

RESERVENBILDUNG Der vom Bundesrat angeordnete Reservenabbau führt zusammen mit der Finanzkrise zu einer erhöhten Insolvenzgefahr bei den Krankenversicherern.
 KONSTANTIN BECK

Was würde passieren, wenn ein mittelgrosser bis grosser Krankversicherer plötzlich zahlungsunfähig wäre? Über 1000 Angestellte verlören ihre Arbeit. Rechnungen im Wert von mehreren 100 Mio Fr. blieben unbezahlt. Mehrere hunderttausend Einwohner müssten ihre Gesundheitsausgaben vorübergehend selber tragen. Kurzum: Ein Konkurs einer mittelgrossen Schweizer Krankenversicherung trübe weite Teile der hiesigen Bevölkerung, möglicherweise existentiell.

Gesicherte Zahlungsfähigkeit

Damit dieses Szenario nicht eintritt, bilden die Krankversicherer Reserven. Jemanden versichern, heisst nichts anderes, als Prämieinnahmen und Reserven so im Gleichgewicht zu halten, dass das Unternehmen zahlungsfähig bleibt.

Dabei machen sich die Versicherungsgesellschaften ein statistisches Gesetz zu Nutzen. Je mehr Personen unter einem Dach versichert werden können, desto kleiner wird deren gemeinsames Risiko und desto weniger Reserven sind nötig, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Schon der Zusammenschluss von vier Individuen reduziert den Reservenbedarf um die Hälfte, bei 1 Mio Kunden können 999 Tausendstel eingespart werden. Das heisst, grosse Versicherungsgesellschaften bieten mit relativ wenig Reserven hohe Sicherheiten.

Unproduktive Kantone-Optik

Was macht nun die Politik? Erstaunlicherweise erhöht sie die Konkurswahrscheinlichkeit von Jahr zu Jahr. Da ist einmal die kantonale Reserwendiskussion: National tätige Versicherungsunternehmen mit schweizweit berechneten Reserven sollen nach dem Willen von Anita Fetz, Politikerin der Sozialdemokratischen Partei (SP), in 26 kantonale Klein- und Kleinstversicherer mit entsprechenden kantonalen «Reserven» umgewandelt werden. Jedoch: Wo die Masse abnimmt, nimmt das Risiko zu.

Eine relativ einfache versicherungsmathematische Berechnung zeigt, dass im Falle von kantonal berechneten Reserven diese 4,5-mal grösser sein müssen. Weil das in der momentanen Situation alles andere als opportun erscheint, steigt ganz einfach das Konkursrisiko um den Faktor 4,5. Sichere nationale Unternehmen werden dann zu wackeligen Kandidaten mit häufigen kantonalen Teilkonkursen.

Eine zwar beunruhigende, aber nicht wirklich realistische Vorstellung. Kein Bundesamt wird einen Versicherer beispielsweise im Kanton Uri in die Nachlassstundung schicken, solange im Kanton Zürich noch Reserven greifbar sind. Damit wird die kantonale Reservenvorschrift definitiv zum politischen Kuriosum ohne praktische Relevanz.

Absturz ohne Fallschirm

Während die kantonalen Reserven zu regelmässigen Ratsdebatten führen, interessierte der von Bundesrat Pascal Couchepin vor Jahresfrist verordnete Reservenabbau in Milliardenhöhe kaum. Heute ist die Wirkung dieser Massnahme allgemein spürbar. Sie ist der entscheidende Grund für die aktuelle Prämienrunde im zweistelligen Prozentbereich. Aber das ist nicht alles. Am Jahresende beträgt die Insolvenzwahrscheinlichkeit für grosse Versicherer 10%, für kleine

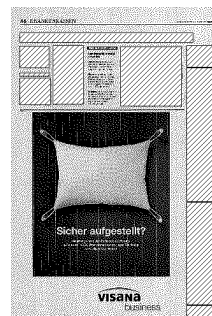
30%.

Aber auch wenn die Krankenversicherer die Mindestvorgaben Couchepins einhalten, oder vielmehr einhalten können, stehen sie mit 2% Wahrscheinlichkeit in der Insolvenz. Das ist gefährlicher, als es den Anschein macht. Auf dem Schweizer Markt mit seinen rund 80 Versicherern ist heute jährlich mit einem bis zwei Konkursen bei an sich gesunden, aber zu knapp reservierten Versicherungsunternehmen zu rechnen. Und durchschnittlich alle sieben Jahre steht ein Szenario wie oben beschrieben ins Haus.

Die Liquidität besser planen

Es war nicht die Politik, sondern eine Reihe engagierter Bürger, welche die Schweizer Krankenversicherung ins Leben gerufen und über 100 Jahre erfolgreich geführt haben. Heute manövriert aber die Politik durch Inkompetenz und Inkonsequenz diese wichtige soziale Sicherung in grosse Gefahren. Es ist höchste Zeit, dass das Steuer herumgerissen wird, um die Branche aus den Strudeln der Tagespolitik zu retten.

Der Befund der eidgenössischen Finanzmarktaufsicht – leider nur für die Zusatzversicherung zuständig – ist eindeutig: Ginge es nach ihr, müsste praktisch die gesamte Branche bis zum Februar 2010 einen Sanierungs- und Liquiditätsplan vorlegen. Alle wichtigen Geschäftstransaktionen wären ab



1. Januar 2010 genehmigungspflichtig.

Konstantin Beck, Leiter, Institut für empirische Gesundheitsökonomie, CSS-Gruppe, Luzern.



Bereits heute ist jährlich mit ein bis zwei Konkursen zu rechnen.

GEFAHR RESERVENABBAU

Insolvenzrisiko steigt erheblich

Aufforderung Die Krankenversicherer müssen ihre Reserven auf 10% ihrer Versicherungsleistungen reduzieren.

Risiko Aufgrund der mit dem Abbau zusammenhängenden Risiken beträgt die Insolvenzwahrscheinlichkeit am Jahresende für grosse Versicherer 10% und für kleine 30%.

Prämien Dies hat auch Auswirkungen auf die Prämien und ist damit einer der entscheidenden Gründe für die angekündigte massive Prämien-erhöhung im Jahr 2010.